

Johannes Rauch
Bundesminister

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.050.016

Wien, 2.3.2023

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 13507/J des Abgeordneten Peter Wurm betreffend AK&VKI: Fahrschulen in Insolvenz und wie werden Kundenforderungen abgegolten?** wie folgt:

Fragen 1 und 2:

- *Sind Sie darüber informiert, wie viele Fahrschulen seit dem 1.1.2020 im Zuge eines Insolvenzverfahrens geschlossen werden mussten?*
 - a. *Wenn ja, um wie viele Fahrschulen in welchen Bundesländern hat es sich 2020, 2021 und 2022 jeweils gehandelt?*
- *Wie viele aushaftende Gläubigerforderungen und in welcher Höhe in den einzelnen Bundesländern haben dabei jeweils 2020, 2021 und 2022 Fahrschüler betroffen?*

Meinem Ressort liegen keine diesbezüglichen Informationen vor.

Fragen 3 und 4:

- *Steht das BMSGPK bzw. die dortige Konsumentenschutzsektion mit der Arbeiterkammer bzw. dem Verein für Konsumenteninformation (VKI) im*

Zusammenhang mit Insolvenzverfahren und aushaftenden Gläubigerforderungen von Fahrschülern gegenüber Fahrschulen in Kontakt?

a. Wenn ja, seit wann und mit welchem Ergebnis?

- *Hat das BMSGPK betreffend Insolvenzen von Fahrschulen bzw. anderen Dienstleistern in der Vergangenheit bereits einmal den VKI mit entsprechenden Rechtsverfahren beauftragt?*

a. Wenn ja, wann und mit welchem Ergebnis?

b. Wenn nein, warum nicht?

Rechtsverfahren im Zusammenhang mit Insolvenzen hat der VKI in der Vergangenheit wiederholt im Auftrag des Ressorts geführt.

Hinsichtlich der Vorgangsweise bei der Abwicklung von Gerichtsverfahren und der medialen Berichterstattung darüber darf auf die Beantwortung der Parlamentarischen Anfrage Nr. 12696/J, Nr. 12697/J und Nr. 12699/J verwiesen werden. Über abgeschlossene Verfahren wird auf der seitens des BMSGPK geförderten Website www.verbraucherrecht.at zeitnahe und detailliert berichtet.

Über laufende Verfahren wird aus prozessrechtlichen (inklusive kostenrechtlichen) Gründen nur teilweise bzw. erst in einem späteren Verfahrensstadium informiert. (Der aktuelle Verfahrensstand ist in diesem Fall der Website www.verbraucherrecht.at zu entnehmen.)

Diese Überlegungen sind auch für die Auskunftserteilung des Ressorts maßgeblich.

Angesichts des Umfanges des Klagsprojektes im Auftrag des Ressorts würde die Beantwortung dieser Anfrage zudem zu einem nicht vertretbaren Verwaltungsaufwand führen.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Rauch

